

WAHLKREISPOST SABINE BÄTZING LICHTENTHÄLER

Hallo Wahlkreis!

Mit dieser Ausgabe der „Wahlkreispost“ melde ich mich heute einmal nicht zum Anfang, sondern zum Ende einer Woche – und das hat natürlich auch einen Grund. Am kommenden Sonntag findet der Sonderparteitag in Bonn statt, der darüber abstimmen wird, ob die SPD auf Grundlage der Sondierungsergebnisse in Koalitionsverhandlungen mit CDU und CSU eintritt.

Gerne möchte ich euch deshalb vorab über meine Position in dieser Debatte über das Für und Wider von weiteren Verhandlungen mit der Union, die gerade in der gesamten Partei geführt wird, noch vor dem Parteitag transparent darlegen. Zunächst möchte ich euch aber sagen, dass ich sehr froh bin, wie wir miteinander das weitere Vorgehen diskutieren. Die Sitzung des Landespartei-rates am vergangenen Mittwoch, bei der neben unglaublich vielen Genossinnen und Genossen auch Martin Schulz anwesend war und mitdiskutiert hat, war wirklich von großer Fairness gegenüber allen Stimmen und Meinungen in dieser Debatte geprägt. Es war ein zwar sehr beherzter, aber sachlicher Austausch der Argumente, wie wir ihn zur Zeit überall in der SPD erleben. Und das ist auch gut so!

Das Sondierungspapier ist sicherlich nicht all' das, was wir uns sonst von sozialdemokratischer Regierungspolitik versprechen würden und es gibt auch einige Punkte, die ich wirklich schmerzlich vermisse. Dazu gehört vor allem die Abschaffung sachgrundloser Befristungen, eine Steuerpolitik, die sehr hohe Einkommen stärker zur Finanzierung von Gemeinschaftsaufgaben heranzieht und – aber das war mit der Union ehrlicherweise erwartbar nicht zu machen – die Einführung einer Bürgerversicherung, in die alle ihren Beitrag zahlen, aus der alle die bestmögliche gesundheitliche Versorgung erhalten und die endlich Schluss macht mit dem Zwei-K(1)assen-System.



Auf der „Haben-Seite“ des Sondierungspapiers steht demgegenüber, dass die paritätische Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung durch Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu gleichen Teilen wiederhergestellt werden soll. Darüber hinaus soll es Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente geben, durch die das Risiko der Altersarmut wesentlich reduziert würde und es soll ein sozialer Arbeitsmarkt etabliert werden, mit denen 150.000 Langzeitarbeitslose eine Chance bekämen, am Arbeitsleben teilzunehmen, statt nur Maßnahme für Maßnahme zu durchlaufen und trotzdem keinen Einstieg in tatsächliche Beschäftigung zu finden. Für junge Menschen würde vor allem die Einführung einer Mindestausbildungsvergütung, die auch immer ein großes Anliegen der Jusos war, und eine Erhöhung des BAföG deutliche Verbesserungen bringen. Und nicht zuletzt würde der Bund 3,5 Milliarden Euro für die Gebührenfreiheit und die Qualität in der Kindertagesbetreuung bereitstellen.

Auch ich bin mir bewusst, dass das nur viele – wenn auch wichtige – kleine und größere Schritte sind, um Deutschland ein Stück gerechter zu machen. Und nach wie vor bin ich der festen Überzeugung, dass es dringend eine tatsächliche, eben auch politikinhaltliche, Erneuerung der SPD braucht, für die ich auch hier immer wieder geworben und meine grundsätzlichen Überlegungen dazu mit euch geteilt habe. Auch bin ich der Ansicht, dass es künftig mehr brauchen wird, als die Politik der „kleinen Schritte“ auf dem Weg zu mehr Fairness und Chancengleichheit in unserem Land, das nicht nur zusammenhalten, sondern für wirklich jeden ein Aufstiegsversprechen bereithalten soll. Dass das langfristig nicht mit CDU und CSU nicht zu machen ist und dass Große Koalitionen generell eine „Ultima ratio“ bleiben müssen. Aber zum aktuellen Prozess des Abwägens gehört eben auch, dass es die „Haben-Seite“ ebenso zu berücksichtigen gilt, wie alles, was gegen die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen sprechen mag.

Ich persönlich werde auf dem Sonderparteitag am Sonntag für die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen stimmen. Und das mit massiven Bauchschmerzen – gerade weil ich kein Fan der „GroKo“ bin. Aber für mich ist vollkommen klar: Am Ende sollten die Mitglieder das letzte Wort haben und nicht die Parteitagsdelegierten. Ich möchte wissen, was bei Koalitionsverhandlungen noch zu holen sein könnte – und am Ende entscheidet ihr. Vor allem wünsche ich mir aber eins: Dass wir – egal, wie es nun weiter geht – fest zusammenbleiben!

Eure Sabine



FÜNF JAHRE MALU DREYER – FÜNF JAHRE ERFOLGREICHE REGIERUNGSARBEIT IM LAND

Malu Dreyer feiert Dienstjubiläum als Ministerpräsidentin

Am 16. Januar 2013 wurde Malu Dreyer zur Ministerpräsidentin von Rheinland-Pfalz gewählt. Dieses Datum jährt sich am Dienstag zum fünften Mal. Zu ihrem Jubiläum im Amt gratuliert Roger Lewentz, Landesvorsitzender der SPD Rheinland-Pfalz: „Ich gratuliere Malu Dreyer ganz herzlich zu fünf Jahren Amtszeit an der Spitze unseres Landes. Es waren fünf erfolgreiche Jahre für Rheinland-Pfalz. Durch ihre klare Haltung und ihren modernen Regierungsstil hat sie unser Land vorangebracht. Unter anderem konnte sich Rheinland-Pfalz als Bildungsland weiterentwickeln, die Erwerbstätigenquote auf einen historischen Höchststand steigern und die Kommunen finanziell stärken.“



Nicht zuletzt verdanke Rheinland-Pfalz Malu Dreyer auch den Zusammenhalt des Landes. Sie nehme die Anliegen und Sorgen der Bürgerinnen und Bürger ernst und gestalte eine Politik für alle. Dazu gehöre beispielsweise auch, dass Malu Dreyer und ihre Landesregierung die Digitalisierung als Chance für Rheinland-Pfalz begreifen und diesen großen Umbruch in allen Lebensbereichen aktiv gestalten – und zwar zum Guten für die Menschen.

Nach einer fulminanten Aufholjagd und einem beeindruckenden Sieg bei der Landtagswahl 2016 hat Malu Dreyer mit der Ampel-Koalition eine stabile und verlässliche Regierung gebildet. Im Anschluss hat sie als Bundesratspräsidentin auch weit über die Landesgrenzen hinaus gewirkt und Deutschland auch auf internationalem Parkett würdig vertreten.

„Ganz persönlich danke ich Malu Dreyer für eine sehr enge und äußerst konstruktive Zusammenarbeit und für ein sehr gutes menschliches Vertrauensverhältnis.“ Für Lewentz steht fest: „Bei Malu Dreyer liegt das Wohl von Rheinland-Pfalz auch künftig in den besten Händen.“



MEIN TIPP ZUM KLICKEN: SENDE MALU DEIN SELFIE MIT IHR!

Der SPD Rheinland-Pfalz hat sich zum fünfjährigen Dienstjubiläum von Malu Dreyer als Ministerpräsidentin etwas ganz besonderes einfallen lassen: Malu hat in den letzten fünf Jahren unzählige Menschen im ganzen Land getroffen – und dabei sind unglaublich viele Fotos von vielen netten Begegnungen zustande gekommen. Hast du auch ein Selfie oder ein Foto mit Malu? Dann schick es doch gerne der rheinland-pfälzischen SPD, die alle eingesandten Selfies und Fotos mit ihr gerne an Malu weiterreicht! Wie das geht? Da erfährst du ganz einfach unter folgendem Link: [Klick!](#)

MEDIZINSTUDIUM WEITERENTWICKELN

Kapazitäten erhöhen – Mediziner Ausbildung regionalisieren

Die Landesregierung beabsichtigt, die Mediziner Ausbildung in Rheinland-Pfalz zukünftig mit dezentralen Bestandteilen aufzustellen. Dies wird in Gesprächen mit der Universitätsmedizin Mainz und Partnerkrankenhäusern in Trier und Koblenz aktuell vorbereitet.

„Der Bedarf an Ärztinnen und Ärzten gerade auf dem Land ist hoch. Eine teilweise dezentrale Ausbildung kann hier eine große Chance bieten, angehende Medizinerinnen und Mediziner für einen Verbleib in der Region zu motivieren. Wir führen bereits Gespräche mit der Universitätsmedizin Mainz und interessierten Krankenhäusern in Trier und Koblenz, um den klinischen Abschnitt des Medizinstudiums gemeinsam mit Mainz in der Fläche des Landes anzubieten“, erläutert Wissenschaftsminister Konrad Wolf.

Gesundheitsministerin Sabine Bätzing-Lichtenthäler bekräftigt: „Unser gemeinsames Ziel ist es, dass wir auch in Zukunft genügend Ärztinnen und Ärzte haben, um die medizinische Versorgung der Menschen in Rheinland-Pfalz sicherstellen zu können. Daher kommt es jetzt auch darauf an, die Kapazitäten effektiv zu nutzen. Die regionalisierte Mediziner Ausbildung ist ein guter Ansatz, um die ländlichen Regionen in Rheinland-Pfalz auch in Zukunft gut versorgen zu können.“



Die Landesregierung erarbeitet aktuell in intensiven Gesprächen mit der Universitätsmedizin die organisatorischen und fachlichen Anforderungen an diese Kooperationen. Noch innerhalb der ersten Jahreshälfte 2018 sollen die nächsten Schritte gemeinsam mit den möglichen Kooperationspartnern in Trier und Koblenz konkretisiert werden.

„Die Ausbildungskapazitäten an der Universitätsmedizin haben sich in den letzten Jahren erhöht. Hierdurch ist es stellenweise zu einer hohen Auslastung im klinischen Studienabschnitt gekommen. Eine Kooperation könnte die Universitätsmedizin Mainz im Bereich der klinischen Ausbildung entlasten und dadurch die Ausbildungskapazitäten erhöhen. Abhängig davon prüfen wir, ob auf längere Sicht die Kapazität insgesamt erhöht werden muss“, berichtet der Wissenschaftsminister.

„Die aktuellen Diskussionen zeigen, welche vielfältigen Ansprüche an das Medizinstudium und an dessen Zugang gestellt werden. Wir werden das Medizinstudium in Rheinland-Pfalz deshalb in den nächsten Jahren stetig weiterentwickeln“ so Wolf und ergänzt: „Dazu gehört auch die Anpassung der Auswahlverfahren, die nach der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes zunächst bundesweit zu diskutieren sind. In den Gesprächen zwischen den Ländern und dem Bund werden wir unsere guten Erfahrungen einbringen, berufliche Qualifikationen als Auswahlkriterium in die Studienplatzvergabe einzubeziehen. Aber der Bund ist auch gefordert, die Weiterentwicklung der Mediziner Ausbildung formal wie finanziell zu unterstützen. Dies werden wir im Rahmen der Beratungen zum ‚Masterplan Medizinstudium 2020‘ entsprechend einfordern.“

„Gemeinsam werden wir uns weiter mit verschiedenen Maßnahmen dafür stark machen, dass Rheinland-Pfalz ein attraktiver Standort bleibt – sowohl für Medizinstudentinnen und -studenten, als auch für Ärztinnen und Ärzte“, betonen Bätzing-Lichtenthäler und Wolf.

MILLIONENFÖRDERUNG FÜR ORTSENTWICKLUNG

Daaden und Weitefeld erhalten rd. 1,6 Mio. Euro Landeszuschuss

Der Kooperationsverbund der Stadt Daaden und die Ortsgemeinde Weitefeld erhalten für die Weiterentwicklung ihrer Ortskerne nun eine weitere, besonders kräftige Finanzspritze. Das Land die städtebauliche Erneuerung im Daadener Land mit insgesamt 1.580.200,00 Euro. Davon entfallen 1.108,200,00 Euro auf die Ortskernentwicklung in der Stadt Daaden und 472.000,00 Euro auf Weitefeld.



„Eine stolze Summe“, findet die SPD-Politikerin, die den Kooperationspartnern im Namen der Landesregierung die Förderbescheide des rheinland-pfälzischen Ministeriums des Inneren und für Sport überreichte. „In Daaden und Weitfeld hat sich viel getan. Die Einweihung des neu gestalteten Fontenay-le-Fleury-Platzes im vergangenen Jahr in Daaden ist nur eines von vielen Beispielen für die Bemühungen von Stadtbürgermeister Walter Strunk, die noch junge Stadt stetig weiterzuentwickeln.“

Die Zuwendungen stammen aus dem Bund-Länder-Programm „Ländliche Zentren – Kleinere Städte und Gemeinden, das sich gezielt auch an Gemeinden richtet, die sonst nicht zur „klassischen“ Förderkulisse des (Groß-)Städtebaus gehören. Ziel des Programms ist es, gerade ländliche Städte und Gemeinden mit einer zentralörtlichen Funktion als Ankerpunkte



der Daseinsvorsorge und als attraktive Mittelpunkte im Leben der dort und in der unmittelbaren Umgebung ansässigen Bürger zu stärken. „Auf diesem bereits sehr erfolgreich eingeschlagenen Weg kommt der Kooperationsverbund von Daaden-Weitfeld mit dieser Förderung jetzt ein gutes Stück weiter“, ist sich Bätzing-Lichtenthäler sicher.

585.000 EURO FÜR SCHULEN IM WAHLKREIS

Umfangreiche Förderung durch Bildungsministerium

Der Wahlkreis Betzdorf/Kirchen mit den Verbandsgemeinden Kirchen, Daaden-Herdorf, Rennerod sowie der alten Verbandsgemeinde Betzdorf, welche Teil des Wahlkreises ist, profitiert in diesem Jahr von umfangreichen Förderungen durch rheinland-pfälzische Bildungsministerium.



„Ich freue mich, dass unsere Schulen unmittelbar von den Landeszuschüssen profitieren. Dadurch wird ein wichtiger Beitrag zur Stärkung unserer Schullandschaft vor Ort geleistet. Damit einher geht auch eine Verbesserung der Lernbedingungen unserer Schülerinnen und Schüler sowie der Arbeitsbedingungen der Lehrkräfte“, unterstrich die heimische SPD-Landtagsabgeordnete Sabine Bätzing-Lichtenthäler.

So erhalten folgende Schulen eine Förderung: Gymnasium Betzdorf (170.000 Euro für den Umbau des Schulgebäudes), Realschule plus Daaden (95.000 Euro für Brandschutzmaßnahmen sowie für eine Sportanlage), Grundschule Herdorf (80.000 Euro für Brandschutzmaßnahmen sowie für eine Sportanlage), Integrierte Gesamtschule Betzdorf-Kirchen (85.000 Euro für Umbauarbeiten am Schulgebäude), Grundschule Hellenhahn-Schellenberg (55.000 Euro für Brandschutzmaßnahmen) und Realschule plus Rennerod (100.000 Euro für Brandschutzmaßnahmen). Das hat Bildungsministerin Dr. Stefanie Hubig bekannt gegeben. Insgesamt werden im aktuellen Schulbauprogramm landesweit 414 Projekte mit einer Gesamtsumme von über 50 Mio. Euro gefördert. Damit ist das Investitionsvolumen des Landes im Vergleich zum Vorjahr um rund 5 Mio. Euro gestiegen. Über alle Schularten hinweg werden neben Um- und Neubaumaßnahmen auch Sanierungs- bzw. Brandschutzmaßnahmen umgesetzt.

KREIS-SPD WILL MEHR DEMOKRATIE WAGEN

Organisationsreform soll Mitgliederbeteiligung stärken

Auf Berlin wollten die Genossen im Landkreis Altenkirchen nicht warten: Unter der Überschrift „SPD erneuern – Wir machen den Anfang!“ befasste sich der SPD-Kreisvorstand bereits im Dezember des letzten Jahres mit einer Reform ihrer Organisationsstrukturen. Ungeachtet der Entwicklungen um eine mögliche Neuauflage der Großen Koalition in Berlin sei das Wahlergebnis der SPD bei der Bundestagswahl 2017 ein eindeutiges Zeichen für eine notwendige Erneuerung der Partei. „Wenn die Gesellschaft sich verändert, müssen auch wir uns verändern, wenn wir auf der Höhe der Zeit sein wollen“, so Christopher Prinz, Geschäftsführer des SPD-Kreisverbandes, der die Parteireform federführend und gemeinsam mit Andreas Hundhausen, dem Vorsitzenden der Kreis-SPD, und dessen Stellvertreterin Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL ausgearbeitet hat. Man wolle ernsthaft einen Beitrag dazu leisten, den Anforderungen des Wandels in unserer Gesellschaft, den die Mitglieder und Unterstützer der SPD in ihrem Alltag miterleben, in der Organisationsstruktur der Partei vor Ort Rechnung zu tragen. „Im Rahmen dessen, was uns als Kreisverband möglich ist, wollen wir so auch die Erneuerung der SPD insgesamt vorantreiben“, ergänzt Hundhausen.



Dem Leitspruch Willy Brandts folgend, möchten die Genossen „mehr Demokratie wagen“: Wenn bei Kreisparteitagen künftig die Wahl des SPD-Kreisvorstands oder die von Kandidaten für Bundestag, Landtag oder Kreistag ansteht, sollen alle Mitglieder im Kreis Altenkirchen stimmberechtigt sein. Bislang gilt dies nur für die von den SPD-Ortsvereinen im Kreis gewählten Delegierten. Damit wolle man vor allem jene Mitglieder erreichen, die sich etwa aus familiären, beruflichen oder zeitlich-organisatorischen Gründen nicht im Ortsverein engagieren können, aber bei wichtigen Weichenstellungen dennoch aktiv an der innerparteilichen Willensbildung mitwirken wollen. „Auch sie haben einen Anspruch darauf, dass ihre Stimme nicht nur gehört wird – sondern auch zählt“, heißt es dazu in dem Entwurfspapier zur Organisationsreform.

Aber nicht nur wenn es um Personal geht, sondern auch bei politikinhaltlichen Fragen soll die SPD-Basis im Kreis mehr mitbestimmen können: „Viele Mitglieder haben ganz eigene politische Interessens- und Aktionsfelder, auf denen sie sich auch besonders gut auskennen. In dieser individuellen Expertise und Leidenschaft für bestimmte Themen liegt ein Potenzial, das in unseren bisherigen Organisationsformen leider oft ungenutzt bleibt“, erklärt Prinz. „Diese Lücke zwischen der Struktur der Partei und dem themenspezifischen Interesse und potenziellen Engagement der Mitglieder wollen wir schließen.“ Wenn mehrere Mitglieder Interesse an einem bestimmten politischen Thema zeigen, werde der Kreisverband künftig sogenannte „Themenforen“ gründen. Diese dürfen und sollen sich frei organisieren, real und digital treffen und gemeinsam diskutieren, ohne den organisatorischen Aufwand einer jährlichen Mitgliederversammlung mit Vorstandswahlen, wie sie bei den „traditionellen“ Arbeitsgemeinschaften – etwa den Jungsozialisten – notwendig ist, bewältigen zu müssen. Das Besondere: Kreisvorstand und Kreistagsfraktion sollen verpflichtet werden, Impulse aus den Themenforen aufzunehmen und ggf. konkret und nachvollziehbar in Beschlussvorlagen für den Kreisverband oder Anträge an den Kreistag einfließen zu lassen. „Damit weiten wir die Möglichkeit der innerparteilichen Willensbildung für jedes Mitglied ganz konkret auch auf die politikinhaltliche Dimension aus“, erläutert Andreas Hundhausen, der auch Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion ist. Und Christopher Prinz ergänzt: „Wir wollen endlich das alte Vorurteil, man müsse die sogenannte ‚Ochsentour‘ durch die Partei mitgemacht haben, um überhaupt etwas bewegen zu können, aus der Welt schaffen und damit auch etwas gegen Politik- und Parteienverdrossenheit im Allgemeinen tun.“

Den Anspruch der Basisbeteiligung stellt die Kreis-SPD im Übrigen nicht nur an sich selbst: Das aktuelle Wahlprozedere für die Delegierten zum Bundesparteitag führe dazu, dass auf den derzeitigen Parteitag Mandatsträger und Hauptamtliche aus Bund und Ländern überrepräsentiert seien. Die Genossen im Kreis Altenkirchen möchten das ändern und der ehrenamtlichen Basis eine stärkere Stimme geben.



„Deshalb werden wir uns bei der Bundes- und Landespartei für ein Grundmandat für alle Kreisverbände und Unterbezirke einsetzen, um bundesweit zumindest jedem Kreisverband und Unterbezirk eine Stimme auf dem Parteitag zu geben. Für dieses Mandat sollte dann ein ehrenamtliches und nicht hauptamtlich für die Partei oder als Bundestags- oder Landtagsabgeordneter tätiges Mitglied benannt werden“, erläutert Sabine Bätzing-Lichtenthäler, MdL. „Wie in jedem Verein sind die Ehrenamtlichen das Rückgrat unserer Partei – von der Mitarbeit in der Kommunalpolitik bis zur Organisation von Infoständen auf dem Wochenmarkt. Wir wollen, dass ihnen auch auf Bundesebene mehr Mitentscheidungsrechte eingeräumt werden.“

Trotz der eigenen Pläne, bei der Erneuerung der SPD im Kreis Altenkirchen voranzugehen und damit auch Impulse an die übergeordneten in Bund und Land zu geben, ist sich SPD-Kreisgeschäftsführer Christopher Prinz indes sicher: „Neben den Herausforderungen, die uns als Organisation betreffen, bleibt eine eindeutige und klare politikinhaltliche Neuaufstellung im Bund essentiell für eine wirkliche und deshalb erfolgversprechende Erneuerung der SPD. Die organisatorische Neuaufstellung kann also nur ein Anfang sein.“ Die Kreis-SPD habe sich dennoch, so ihr Vorsitzender Andreas Hundhausen, „vorgenommen, vor Ort das eine zu tun, ohne aufzuhören, das andere von der Bundespartei einzufordern und dafür einzustehen“. Angesichts des Ergebnisses der Sondierungsgespräche zwischen CDU, CSU und SPD gebe es jedenfalls erhebliche Zweifel daran, ob dies in einer erneuten Großen Koalition tatsächlich auch gelingen kann.

